



Der Judenhass in der Schweiz ist 2024 eskaliert. Wer sind die Täter? Was fordern die Betroffenen? Was tut die Politik? [20 Minuten](#) fasst den Antisemitismusbericht 2024 in acht Punkten zusammen.

Zusammenfassung

- 2024 wurden in der Schweiz 221 antisemitische Vorfälle gemeldet, fast viermal so viele wie 2022.
- Der Nahost-Konflikt hat den Antisemitismus in der Schweiz verschärft.
- Online-Hass, besonders auf Telegram, ist ein grosses Problem.
- Politische Massnahmen wie das Verbot von Nazi-Symbolen sind beschlossen oder in Planung.

Der [Antisemitismusbericht 2024 des Schweizerischen Israelitischen Gemeindebunds \(SIG\)](#) und der GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus zeigt, dass Jüdinnen und Juden in der Schweiz 2024 noch viel massiver angefeindet wurden als 2023. Hier sind die wichtigsten Punkte:

Krieg im Nahen Osten als Auslöser

Der Krieg zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen (seit Oktober 2023) hat den Hass gegen Juden in der Schweiz verstärkt. Viele Menschen werfen Schweizer Jüdinnen und Juden pauschal vor, für die Politik Israels verantwortlich zu sein – obwohl sie nichts damit zu tun haben. Dieses Denken ist ein altes Vorurteil: Die Annahme, Schweizer Juden seien nicht loyal zur Schweiz, sondern nur zu Israel.

Zahlen zur Entwicklung

221 Vorfälle in der realen Welt (Tätlichkeiten, Beschimpfungen, Aussagen, Schmierereien) wurden 2024 gemeldet – fast viermal so viele wie 2022.

11 Tätlichkeiten gab es, darunter ein Messerangriff in Zürich, bei dem ein Jude



schwer verletzt wurde.

1'596 Hassnachrichten online wurden registriert, vor allem auf Telegram (890 Fälle).

Schwindendes Sicherheitsgefühl der jüdischen Gemeinschaft

Nach den Angriffen fühlen sich viele Juden in der Schweiz unsicher: Der Messerangriff in Zürich hat das Sicherheitsgefühl vieler stark verschlechtert. Viele verstecken ihre religiösen Zeichen und sagen nicht offen, dass sie Juden sind.

Eine Umfrage zeigt, dass sich Juden unsicherer fühlen als früher. Viele denken daran auszuwandern. Viele Juden glauben nicht, dass der Schweizer Staat genug gegen Antisemitismus tut.

Synagogen und jüdische Schulen müssen oft bewacht werden.

Online-Hass

42 % der gemeldeten Hassnachrichten verbreiten Verschwörungstheorien, z.B.: «Juden kontrollieren das Geld der Welt», «Juden planen, weisse Menschen zu ersetzen» («Great Replacement»).

300 Hasskommentare fanden sich in Foren von Online-Zeitungen, darunter Aussagen wie «Die Schoah hat es nie gegeben». Aufgefallen sind Kommentare besonders bei:

Weltwoche (148 Fälle)

Tamedia (insgesamt 50 Fälle), darunter:

Tages-Anzeiger (26 Fälle),

Basler Zeitung (13 Fälle),

Der Bund (9 Fälle),

Berner Zeitung (2 Fälle)

NZZ (30 Fälle)



Antisemitismus in der Schweiz: Zahl der Übergriffe explodiert

Inside Paradeplatz (15) Fälle

20 Minuten (15 Fälle)

tio.ch (13 Fälle)

Watson (8 Fälle)

Nau (7 Fälle)

msn.com (5 Fälle)

Blick (4 Fälle)

Davoser Zeitung (2 Fälle)

CH Media (2 Fälle)

Telegram gilt als das grösste Problem: Fast keine Hasskommentare werden dort gelöscht.

Wer ist verantwortlich für die Übergriffe?

Antisemitismus kommt aus allen Teilen der Gesellschaft. Der Bericht nennt folgende Tätergruppen:

Rechtsextreme

Linksextreme

Islamistische Gruppen

Radikale Pro-Palästina-Gruppen

Bürger aus der «Mitte der Gesellschaft»

Was tut die Politik?

Der Staat will Nazi-Symbole verbieten. Ein Gesetzesentwurf dazu ist in der Vernehmlassung.

Der Staat hat die Hamas verboten. Das Parlament hat das beschlossen.

Der Staat plant eine Strategie gegen Antisemitismus. Das Parlament hat den Bundesrat beauftragt.

Der Staat spricht mehr Geld für die Sicherheit jüdischer Einrichtungen. Die Mittel wurden von 500'000 auf 2,5 Millionen Franken erhöht und später nochmals um 2,5 Millionen.



Viele Kantone helfen jetzt auch bei den Kosten für Sicherheit

Was wird empfohlen?

Die Autoren des Berichtes schlagen verschiedene Massnahmen vor: Der Staat soll besser helfen, antisemitische Vorfälle zu erfassen. Er soll zivilgesellschaftliche Organisationen unterstützen und eigene Instrumente stärken. Die Autoren wünschen sich bessere Gesetze gegen Hass im Internet, und soziale Medien sollen mehr tun. Plattformen sollen in der Schweiz erreichbar sein und mehr gegen Hass tun.

Es braucht nach Ansicht der Autoren des Berichtes zudem mehr Projekte, um Antisemitismus früh zu verhindern, besonders in Schulen. Es brauche auch Programme zur Medienkompetenz. Auch Unternehmen sollen ihre Regeln überprüfen.

Was wird gemeldet? Was ist Antisemitismus?

Viele antisemitische Vorfälle werden nicht gemeldet. Opfer denken oft, dass es nichts bringt, oder sie wollen keine Probleme. Der SIG bittet deshalb Opfer und Zeugen von antisemitischen Vorfällen, diese zu melden, damit man ein möglichst vollständiges Bild davon hat.

Viele der Meldungen gehen bei der Meldestelle des SIG ein, aber nicht alle davon sind klare Fälle von Antisemitismus. Viele Meldungen bezogen sich auf Israel, wurden aber nicht immer als antisemitisch eingestuft werden. Die [IHRA-Definition](#) von Antisemitismus, die vom SIG verwendet wird und international anerkannt wird, hilft bei der Einordnung von Vorfällen. Kritik an Israel ist nicht immer Antisemitismus, aber es wird antisemitisch, wenn zum Beispiel Israelis mit klassischen antisemitischen Stereotypen beschrieben oder «Israelis» und «Juden» gleichgesetzt werden. Auch Antizionismus ist nicht immer antisemitisch, kann aber dazu benutzt werden, Antisemitismus zu verstecken.